

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Anschlag Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 248

Freitag, den 21. Oktober 1932

27. Jahrgang

Der Kanzler vor dem Untersuchungsausschuß

Keine Ueberschreitung der etatmäßigen Mittel für Presseunternehmungen

Berlin, 19. Okt. Der Klepper-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages setzte heute die Zeugenvernehmungen über die Beteiligung der Preussenkasse an der „Täglichen Rundschau“ fort. In der Nachmittags-Sitzung wurde Reichskanzler von Papen vernommen. Der Ausschuhsvorsitzende sagte dem Reichskanzler, man wolle von ihm Auskunft über die Frage haben, ob nach seinem Wissen mit indirekten Mitteln der Preussenkasse „Germania“-Aktien aufgekauft worden seien durch die Görres-Haus-W.G. Minister Hirtfelder habe gesagt, daß man Aktien der Berliner „Germania“ aufkaufen wollte, um den Einfluß des Herrn von Papen auszuschalten. Reichskanzler von Papen: Mir ist lediglich bekannt, daß zu jener Zeit ein gewisses Aktienpaket, das wohl im Besitz des Ministerialdirektors Spieler war, verkauft wurde. Dieses Paket ist zum Teil in die Hände der Görres-Haus-Gesellschaft gelangt. Mit welchen Mitteln, war mir bis zur Zeit unbekannt. Das habe ich erst durch die Nachprüfung bei der Preussenkasse erfahren. Abg. Rau: Western wurde von Minister Klepper gesagt, daß es sich beim Abschluß des Geschäftes mit der Görres-Haus-W.G. um eine Art Gewohnheitsrecht handelte, daß sich also der Staat an mehreren Zeitungen schon beteiligt habe. Es wäre interessant, von Ihnen, Herr Reichskommissar (Heiterkeit) zu erfahren, ob die Praxis der Beteiligung des Staates an Zeitungen auch unter Ihrer Herrschaft weiter fortgeführt wurde. Ist Ihnen insbesondere bekannt, ob das Reichswehrministerium an der „Täglichen Rundschau“ beteiligt ist, oder ob dorthin Mittel des Reichswehrministeriums fließen?

Reichskanzler von Papen: Herr Vorsitzender, ich habe folgendes zu erklären: Außer den im Reichshaushalt ausdrücklich für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln sind, seitdem ich an der Spitze der Reichsregierung stehe, für

Zwecke der Pressebeeinflussung in irgendeiner Form keinerlei Mittel aufgewandt worden. Was die Unterstützung oder Beteiligung des Reichswehrministeriums an der „Täglichen Rundschau“ betrifft, so ist mir das nur aus der Presse bekannt. Ich bezweifle, daß irgendwelche Mittel des Reichswehrministeriums hier verwandt worden sind. Auf weitere Fragen des kommunistischen Abgeordneten Rau erwidert der Kanzler, er habe keine Veranlassung, über jedes Zeitungsgeschäft mit seinen Ministern zu sprechen. Er stelle aber anheim, den Reichswehrminister selbst zu hören. Auf die Frage des Abg. Schillat (Soz.), ob er persönlicher Besitzer von „Germania“-Aktien oder nur Treuhänder sei, erwidert der Kanzler, er sei persönlicher Besitzer. Auf die weitere Frage, ob er eine Förderung von Zeitungen aus bestimmten staatspolitischen Gründen, die die Freiheit der Redaktion unter allen Umständen gewährleisten, als zulässige Beeinflussung eines Zeitungsunternehmens betrachte, erwidert der Kanzler: Keineswegs. Auf den Hinweis des Abg. Schillat, daß der Reichshaushalt doch auch Fonds enthalte, deren Bestimmung nicht genau untreffen sei, wiederholt der Kanzler seine grundsätzliche Erklärung und fügt hinzu: Nach seiner Kenntnis gäbe es nur zwei Dispositionsfonds, aus denen Mittel für die Presse liberiert gegeben werden könnten, nämlich die Dispositionsfonds des Reichskanzlers und der Presseabteilung in Höhe von zusammen 200 000 RM. Die Frage, ob ihm bekannt sei, daß in den letzten Wochen Käufe in „Germania“-Aktien getätigt worden seien, wo die Staatsbank als Geldgeber aufgetreten sei, verneint der Reichskanzler. An den Staatssekretär in der Reichskanzlei, Brand, der dann als Zeuge aufgerufen wird, richtet der Vorsitzende die gleiche Frage wie an den Reichskanzler. Der Staatssekretär antwortet in demselben Sinne wie der Reichskanzler.

70 Millionen für Linderung der sozialen Härten

Berlin, 19. Oktober. Zu der neuen Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß es sich nicht um eine Notverordnung des Reichspräsidenten handelt, sondern um eine Verordnung der Reichsregierung, die auf Grund der in der Notverordnung vom 4. September enthaltenen Ermächtigung erlassen worden ist. Die vorliegende Verordnung enthält eine ganze Reihe von Verbesserungen der sozialen Leistungen, soweit sie nur irgendwo wirtschaftlich tragbar sind. Insgesamt belaufen sich die durch die Notverordnung entstehenden Kosten für die nächsten fünf Monate auf rund 70 Millionen RM.

Im einzelnen legt sich diese Summe zusammen aus den Beträgen, die für eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung im Winter bis zum 1. April nächsten Jahres vorgesehen sind und die man mit monatlich etwa 11 Mill. RM. veranschlagt, also in fünf Monaten etwa 55 Mill. RM. Darin sind auch die Mehrkosten der neuen Ortsoffizineinteilung und die zum Ausgleich von Härten für besondere Fälle der Bemessung von Unterstützungen ausgesetzten Beträge enthalten. Zu diesen 55 Millionen RM. kommen noch rund 4 Millionen RM. hinzu, die als Kosten für die Verbesserungen der Unfallrenten ausgesetzt sind und weitere 10 bis 11 Millionen RM. für die Kriegsbeschädigtenversorgung.

Vor dem Eiltenschluß für die Reichstagswahl

Reichstagswahlausschuß am kommenden Dienstag

Berlin, 19. Oktober. Wie das Nachrichtenbureau des D.D. meldet, läuft die Frist der Parteien für die Einreichung der Reichswahlvorschläge zur bevorstehenden Reichstagswahl bereits morgen, Donnerstag, ab. Die Frist für die Vorlegung von Reichswahlvorschlägen findet ihr Ende am kommenden Sonntag. Es haben sich bereits jetzt fünf kleine Gruppen für den Reichswahlvorschlag angemeldet, darunter die Polenpartei und die Hörsing-Bewegung.

Die Zahl der Einzelvorschläge auf dem Reichswahlvorschlag dürfte, falls nicht noch viel Splittierpartien hinzukommen, diesmal geringer werden als bei den letzten Wahlen. Es hatten nur zwölf Parteien bei den letzten Wahlen Abgeordnete in den Reichstag entsandt. Diese zwölf Parteien haben ihre Nummer auf dem Reichswahlvorschlag reserviert erhalten. Einige von ihnen, so die Wirtschaftspartei, das Landvolk und die Deutsche Volkspartei dürften aber auf ihre Nummer für den Reichswahlvorschlag verzichten.

Am Dienstag kommender Woche dürfte die Sitzung des Reichswahlausschusses stattfinden, in der abschließend festgestellt wird, wieviel und welche Wahlvorschläge zur Reichstagswahl zugelassen werden.

Keine Wahlreden im Rundfunk

Berlin, 19. Oktober. Nach den neuen Bestimmungen für den Rundfunk sollen bekanntlich die Rundfunkübertragungen von parteipolitischen Vorträgen freigegeben werden. In Verfolg dieser Bestimmung hat das Reichsministerium des Innern jetzt beschlossen, den parteipolitischen Parteien den Rundfunk im gegenwärtigen Wahlkampf für Wahlreden nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Vor der letzten Reichstagswahl war den großen Parteien der Rundfunk je eine halbe Stunde freigegeben worden.

Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei

München, 19. Okt. Die Wirtschaftspartei hat für die Wahl zum Reichstag am 6. November wieder ein Wahlprogramm mit der Bayerischen Volkspartei aufgestellt. Dafür wurde eine Reihe von Namen der Wirtschaftspartei auf den Reichswahlvorschlag der Bayerischen Volkspartei gesetzt.

Die höheren Sozialleistungen

Der Reichsarbeitsminister erläutert

Berlin, 19. Okt. Reichsarbeitsminister Schüller sprach heute abend in der Stunde der Reichsregierung über alle deutschen Sender zur neuen Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen, mit der, wie der Minister betonte, die Reichsregierung ein Versprechen einlöst, das sie schon vor Monaten gegeben hat, dem aber stellenweise ein Versuch des Mißtrauens entgegentrat. Der Inhalt der Verordnung wird bei dem einen, der nur wirtschaftlich denkt, etwas gewagt und bei dem anderen, der nur sozial denkt, nicht bedeutend genug erscheinen. Die Verordnung denkt wirtschaftlich und sozial zugleich. Die Arbeitslosenziffer ist die schlimmste aller Zahlen. Sie liegt auch jetzt noch über dem Stand vom Oktober 1931. Für die Beurteilung der Gegenwart und für die Vorhersage der nächsten Zukunft kommt es aber weniger auf den Abstand zwischen der Zahlenreihe von heute und der des Jahres 1931 an. Bezeichnend ist vielmehr die Richtung, nach der sich die beiden Zahlenreihen bewegen. Wenn auch für die erste Oktoberhälfte dieses Jahres abschließende Zahlen noch nicht bekannt sind: die vorläufigen Meldungen sprechen, wie es scheint, gegen eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer in diesem Zeitabschnitt. Anders das Bild aus der ersten Oktoberhälfte 1931: Damals ist die Arbeitslosenziffer um 130 000 in die Höhe gegangen. Die Tendenz ist unverkennbar: Die zwei Zahlenreihen der Arbeitslosen in den Jahren 1931 und 1932 nähern sich einander. Ihre Entfernung wird immer geringer, sie suchen den gemeinsamen Schnittpunkt. Für die beginnende Genesung der Wirtschaft gibt es noch ein anderes Anzeichen, nämlich das Ansteigen der Beschäftigtenziffer. Auch die Statistik, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund für seine Mitglieder führt, beweist, daß die Zahl der Beschäftigten im September zugenommen hat, und zwar dort in einem Ausmaße, das einen allgemeinen Schluß zuläßt.

Die gegenwärtige Reichsregierung hat ebenso wie die frühere nur deshalb einen Teil der Leistungen preisgegeben, weil ihr das Ganze gefährdet erschien.

In dem Maß, wie die Gefahr schwindet, können und müssen die Leistungen wieder auf einen angemessenen Stand gebracht werden.

Darin liegt der Grund und der Zweck der Verordnung. Der Minister erläuterte dann eingehend die einzelnen Bestimmungen der neuen Verordnung und fuhr dann fort: Die Reichsregierung wird alles daran setzen, durch Vergütung von öffentlichen Arbeiten, vor allem aber durch einen

Auftrieb in der freien Wirtschaft, aus Unterstützungsempfängern wieder Lohnempfänger zu machen.

Sie läßt sich von diesem Ziel nicht abbringen — nicht durch einseitige Kritiker und falsche Propheten, noch weniger durch den Geist der Verneinung und Zerkleinerung. Mit Genugtuung stelle ich gern fest, daß mit der Krisenbewältigung immer mehr auch ein Wandel in der Geisteshaltung verbunden ist. Glück der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, dann ist mit dem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit und mit dem weiteren Aufbau der Volkswirtschaft zu rechnen. Damit allein kann aber noch nicht die Massenarmut überwunden werden, unter der die Gegenwart so schwer leidet. Millionen von Arbeitslosen werden noch einmal den Strapazen eines Winterfeldzuges ausgesetzt sein, mit ihnen Millionen von Frauen und Kindern.

Dem Winter der Not wird der Winter der Hilfe gegenüberstehen müssen.

Der Herr Reichspräsident und der Herr Reichskanzler haben den Aufruf der Deutschen Liga für freie Wohlfahrtspflege durch ein bedeutendes Begleitwort unterstützt. Zu allen Zeiten hat die tätige Liebe ungeahnte Kräfte geweckt und ungeahnte Erfolge gezeitigt. Darum helfe, wer nur helfen kann.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn

Finanzierung mit 280 Millionen RM.

Berlin, 19. Oktober. Die Reichsbahn hat nunmehr die Verhandlungen über die Finanzierung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms mit 280 Millionen RM. beendet. Dieses Programm beruht darauf, daß der Reichsbahn rund 180 Millionen RM. Steuergutscheine aus der Besonderesteuer zur Verfügung stehen und daß für weitere 100 Millionen RM. ihr eigener Kredit angespannt werden soll.

Bei der Finanzierung ist davon ausgegangen, daß die Steuergutscheine nicht an die Börse gebracht werden sollen. Dieses Vorgehen erscheint aus marktpolitischen Gründen erwünscht. Vor allem wird aber dadurch

gewährleistet, daß die volle Summe auch wirklich der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden kann. Die Zwischenzeit bis zur Fälligkeit der Steuergutscheine wird überbrückt werden mit Hilfe der am 8. Oktober 1932 neu errichteten Reichsbahn-Beschaffungs-G. m. b. H. (R.B.G.). Diese wurde von der deutschen Wertebank-Kreditbank mit einem Kapital von 10 Millionen RM. gegründet, auf das sofort 25 Prozent eingezahlt wurden. Bei Fälligkeit von Zahlungen werden die Lieferanten und Unternehmer Wechsel auf die R.B.G. stellen, die von dieser akzeptiert und von der Wertebank-Kreditbank sofort diskontiert werden, so daß dem Unterneh-